

diesem wissenschaftliche Maßstäbe anlegen. Ein gewisses Mindestmaß an Sorgfalt sollte man jedoch auch hier verlangen können – und dem wird der Autor leider nicht gerecht.

Daniel Stihler

Bernd Röcker, *Der Bauernkrieg in Kraichgau und Hardt* (Heimatverein Kraichgau e. V.; Sonderveröffentlichung Nr. 22), Ubstadt-Weiher (verlag regionalkultur) 2000. 104 S., zahlr. Abb.

Mit diesem Band aus der Feder des langjährigen Vorsitzenden des Heimatvereins Kraichgau liegt erstmals eine zusammenfassende Darstellung des Geschehens von 1525 in Kraichgau und Hardt vor. Die schlechte Überlieferungslage, die territoriale Zersplitterung der Region und das Fehlen einer einheitlichen Aufstandsbewegung haben wohl dazu geführt, dass man die Geschehnisse – wenn überhaupt – nur am Rande dargestellt hat. In seiner kenntnisreichen und flüssig geschriebenen Darstellung geht der Autor auf die Ursachen und die Vorgeschichte des Bauernkriegs in der Region ein, wozu auch die Untergrombacher „Bundschuh“-Verschwörung des Joß Fritz von 1502 gehört. Neben dem „Kraichgauer Haufen“, der unter der Führung Anton Eisenhuts besonders radikale Forderungen erhob, werden auch die Haufen der benachbarten Regionen behandelt; hierdurch ergeben sich auch Überschneidungen mit dem württembergischen Franken, die das Buch auch für diese Region interessant machen. Behandelt werden z. B. der Neckartaler Haufen, dem sich auch Bauern aus dem Heilbronner, Hohenloher und Hällischen Land angeschlossen haben, und das Bauernparlament von Heilbronn. Einen interessanten Vergleich zur Reichsstadt Hall bietet die damals pfälzische Oberamtsstadt Bretten, die sich ebenfalls gegenüber den Bauern behaupten konnte und einer recht ähnlichen Taktik bediente. Eine weitere Verbindung ergibt sich aus den engen Beziehungen des Haller Reformators Johannes Brenz in die Region, die sich sowohl in seinem Gutachten über die „Zwölf Artikel“ für Pfalzgraf Ludwig als auch seinen Mahnungen zur Milde gegenüber den Bauern niedergeschlagen haben – seine berühmte Schrift „Von der milderung der fursten gegen den auffrurischen Bawren“ war dem Kraichgauer Adeligen Dietrich von Gemmingen gewidmet. Im Gegensatz zum Magistrat der Reichsstadt Hall, der Brenz' Mahnungen weitgehend ignoriert zu haben scheint, sind sie hier auf fruchtbareren Boden gefallen. Kritisch anzumerken ist allenfalls, dass es für spätere Auseinandersetzungen mit dem Thema doch recht hilfreich gewesen wäre, Quellen- und Literaturnachweise in Fußnoten unterzubringen. Ein besonderes Lob verdient hingegen die großzügige Ausstattung des Bandes mit zeitgenössischen Abbildungen, die den Text vielfach ergänzen und erläutern.

Daniel Stihler

Annette Schäfer, *Zwangsarbeiter und NS-Rassenpolitik. Russische und polnische Arbeitskräfte in Württemberg 1939–1945* (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg. Reihe B: Forschungen, Bd. 143), Stuttgart (W. Kohlhammer) 2000. 289 S.

Spätestens mit Beginn der Verhandlungen über eine Entschädigung für noch lebende ehemalige Zwangsarbeiter ist der deutschen Gesellschaft erneut deutlich gemacht worden, in welchem enormen Ausmaß zwischen 1939 und 1945 Menschen anderer Nationalitäten in Deutschland zur Arbeit gezwungen wurden. So hatte das Daimler Benz-Werk Sindelfingen im Jahr 1944 einen Ausländeranteil von rund 36 % (S. 97), während die Maschinenfabrik Esslingen bereits zwei Jahre früher sogar einen Ausländeranteil von über 46 % (S. 89) aufwies. Ohne ausländische Zwangsarbeiter wäre die deutsche Rüstungsproduktion und damit die Kriegführung zusammengebrochen.

Annette Schäfer, die seit Jahren über Zwangsarbeit in kirchlichen Einrichtungen in Baden-Württemberg forscht, hat in ihrer 1997 abgeschlossenen Dissertation die Lebens- und Arbeitsverhältnisse von Zwangsarbeitern aus Polen und der Sowjetunion während des Zweiten Weltkriegs in Württemberg untersucht. Als Quellen kann sie dabei Akten der staatlichen

und kommunalen Verwaltungen sowie der Parteigliederungen heranziehen, während ihr Firmenarchive weitgehend verschlossen blieben. Eine weitere Quellengruppe scheint sie hingegen gar nicht angefragt zu haben, obwohl diese wichtige Erkenntnisse bringen würden: Unterlagen der IHKS.

Schäfers Grundthese ist, dass die rassistischen Auffassungen der nationalsozialistischen Machthaber das Verhalten gegenüber den Zwangsarbeitern maßgeblich geprägt hätten und nicht ökonomische Vorgaben. Sie gliedert ihre Untersuchung in zwei umfangreiche Kapitel: Rahmenbedingungen des Zwangsarbeitereinsatzes und Existenzbedingungen der Zwangsarbeiter, wobei letzteres mit rund 150 Seiten den eigentlichen Kern des Buches ausmacht. Dadurch kann sie zum einen die rechtlichen und verwaltungstechnischen Bedingungen darstellen und zugleich die Lebenswirklichkeit der Zwangsarbeiter aufzeigen, die oft nicht den politisch gewollten Setzungen entsprach.

Der Zwangsarbeitereinsatz im Deutschen Reich, aber auch in Württemberg folgte den Wendungen des Weltkriegs. Zuerst kamen polnische Zwangsarbeiter, ab 1940 vor allem Franzosen, ab 1942 dann auch Menschen aus Gebieten der besetzten Sowjetunion. Hierbei sind der Einsatz von Kriegsgefangenen von dem der „zivilen“ Zwangsarbeiter zu unterscheiden, denn Kriegsgefangene unterstanden der Wehrmacht, während die zivilen von den Polizeibehörden überwacht wurden. Das württembergische Innenministerium hatte dabei genaue Anweisungen zur Überwachung der Polen erlassen, noch bevor es reichsweite Regelungen gab (S. 29). Damit kann Schäfer bestätigen, dass – wie bei den so genannten Arisierung – im nationalsozialistischen Staat untergeordnete Stellen von sich aus aktiv wurden und nicht ein ausschließlicher Entscheidungsfluss von oben nach unten, gleichsam ein perfekt durchorganisiertes „Führerprinzip“, bestanden hat.

Der Einsatz von Zwangsarbeitern aus der Sowjetunion ist von Hitler anfangs abgelehnt worden, weil diese in seiner rassistischen Denkweise als so genannte Untermenschen und Träger des jüdischen Bolschewismus „Todfeinde“ des Nationalsozialismus waren. Doch bereits im Juli 1941 ist ein Einsatz sowjetischer Kriegsgefangener erlaubt worden, später auch der von zivilen Zwangsarbeitern. Ausschlaggebend für diese Änderung war der seit Ende der 1930er Jahre herrschende Arbeitskräftemangel im Deutschen Reich, der sich mit Kriegsbeginn noch verschärfte. Mit dem Scheitern des „Blitzkriegs“ gegen die Sowjetunion hat es eine weitere Änderung in der politischen Auffassung gegeben. Zum einen musste nun mit einem langen Krieg gerechnet werden, während zum anderen wegen der militärischen Erfolge der Sowjetunion immer weniger Zwangsarbeiter aus dieser in das Reich kamen, sodass die einzelnen Arbeitskräfte wichtiger wurden. In der Frage des Einsatzes sowjetischer Zwangsarbeiter hatten einzelne Kommunen in Württemberg im Gegensatz zur Reichsführung stets einen pragmatischen Standpunkt eingenommen: Ihnen fehlten Arbeitskräfte, also sollten russische Zwangsarbeiter zur Verfügung gestellt werden (S. 39).

Doch wie sahen die Einsatzbedingungen der Zwangsarbeiter aus Polen und der Sowjetunion aus? Annette Schäfer kann zeigen, dass diese stets menschenunwürdig waren. Die Ernährung entsprach nicht den an die Arbeitsleistung gestellten Anforderungen, sodass viele Zwangsarbeiter hungerten und hungerbedingten Krankheiten ausgeliefert waren. Manche Unternehmen versuchten daher, anderweitig für „ihre“ Zwangsarbeiter Nahrungsmittel zu erlangen. Dies erfolgte, weil deren Produktivität nur auf diese Weise gesteigert werden konnte (S. 108). Die Bekleidung, besonders die Ausstattung mit Schuhen und Unterwäsche, war ebenfalls mangelhaft. Viele mussten daher barfuß arbeiten. Gleichzeitig wurde unerbittlich gegen Personen vorgegangen, die sich selbstständig Abhilfe schufen. Ein so genannter Ostarbeiter, also ein sowjetischer Zwangsarbeiter, wurde z. B. im Mai 1944 hingerichtet, weil er sich aus einem gestohlenen alten Treibriemen Ledersohlen gemacht hatte (S. 236).

Die Unterkünfte entsprachen ebenfalls nicht den hygienischen Anforderungen. Aufgrund überall fehlender Behausungen mussten viele Zwangsarbeiter in völlig ungeeigneten, aber dennoch heillos überfüllten Baracken hausen. Beispielsweise fehlten in einem Lager in Fellbach jegliche Waschelegenheiten (S. 118). Bei der eigentlichen Zwangsarbeit galten für

polnische und sowjetische Zwangsarbeiter viele Arbeitsschutzbedingungen nicht, etwa die Höchstarbeitszeiten, Schutzvorschriften und Altersgrenzen. Obgleich nach den geltenden Vorschriften für „Ostarbeiterkinder“ solche unter zwölf Jahren überhaupt nicht beschäftigt werden durften, hat Daimler-Benz in Sindelfingen Ende 1944 auch Elfjährige eingesetzt (S. 128). Dieses Beispiel verweist zudem darauf, dass Regelungen in der Praxis oft nicht eingehalten wurden, die Lebensbedingungen der Zwangsarbeiter also härter waren als in den Verordnungen vorgesehen.

Die medizinische Versorgung der osteuropäischen Zwangsarbeiter war mangelhaft. Ihnen sollte nur geringe Hilfe zukommen, deren einziges Ziel die schnelle Wiederherstellung der Arbeitskraft war. Unheilbar Kranke wurden anfangs in ihre Herkunftsländer zurücktransportiert. Mit den militärischen Erfolgen der Sowjetunion wurde dies jedoch vielfach unmöglich, sodass schließlich Sterbenlassen oder gezielte Tötung geübte Praxis wurde. Die so genannten Krankensammellager entwickelten sich zu Sterbelagern (S. 202), während die Ermordung in den „bewährten“ Euthanasie-Anstalten erfolgte, etwa für Hessen in Hadamar und für Württemberg in Schussenried (S. 222).

Einen Schwerpunkt legt die Autorin auf Reglementierungen der Sexualität. Sie macht deutlich, dass deutsche Frauen, wenn sie Beziehungen zu Zwangsarbeitern eingingen, härter bestraft wurden als deutsche Männer mit Beziehungen zu Zwangsarbeiterinnen. Zum anderen sind polnische und sowjetische Zwangsarbeiter wesentlich härter bestraft worden als in der rassistischen Auffassung der Nationalsozialisten höher stehende Angehörige germanischer (Niederländer, Norweger) oder romanischer Völker (Franzosen, Italiener). Im Gegensatz zu diesen wurde bei Angehörigen slawischer Völker in der Regel das Todesurteil für Geschlechtsverkehr mit Deutschen ausgesprochen, während die deutschen Frauen in Konzentrationslager kamen.

Die vorliegende Untersuchung ist eine gründlich erarbeitete, gut lesbare Regionalstudie über den Einsatz polnischer und sowjetischer Zwangsarbeiter während des Zweiten Weltkriegs. Annette Schäfer gelingt es, an konkreten Beispielen die Behauptung deutscher Unternehmen und Kommunen, dass sie Zwangsarbeiter nur gezwungenermaßen beschäftigt hätten, zu widerlegen. Zum Beispiel forderte Ravensburg im November 1941 für eigene Zwecke 130 russische Kriegsgefangene an (S. 56), während Geislingen an der Steige eigenständig eine Baracke anmietete und umbauen ließ, um auf diese Weise zum einen eine Zuteilung von Zwangsarbeitern für die städtischen Betriebe zu erhalten und zum anderen den lokalen Betrieben Unterkünfte für Zwangsarbeiter im Rahmen der „Wirtschaftsförderung“ zur Verfügung zu stellen (S. 57). Aber auch die Industrie bemühte sich um Zwangsarbeiter und schreckte nicht davor zurück, ihre Interessen gegenüber den Kommunen durchzusetzen. So gelang es Daimler-Benz in Sindelfingen im Jahre 1944 gegen den Widerstand der Stadt, eine Turnhalle zum Lager für so genannte Ostarbeiterinnen umzugestalten (S. 119). Zudem wird offensichtlich, dass die Wirklichkeit der Zwangsarbeiter wesentlich härter war als es die entsprechenden Verordnungen vorsahen. Leider fehlt in der breit angelegten Studie indes eine Gruppe: Zwangsarbeiterkinder zwischen vier und zwölf Jahren. Wie wurden sie behandelt? Ab welchem Alter wurden sie selbst zur Zwangsarbeit herangezogen? Was passierte mit Waisen?

Bestätigt sich die Grundthese der allein rassistisch bedingten Vorgehensweise gegenüber osteuropäischen Zwangsarbeitern? Sicherlich sind die maßgeblichen Faktoren für die Bewertung der polnischen und sowjetischen Zwangsarbeiter rassistischer Natur. Gleichwohl zeigt sich, dass die Staatsführung immer wieder aufgrund ökonomischer Bedingungen ihre eigene Vorgehensweise überprüfen und letztlich verändern musste. Im Gegensatz zum Umgang mit jüdischen Zwangsarbeitern, der stets auf das Ziel der Ermordung durch Arbeit gerichtet blieb, gibt es ein vergleichbares Verhalten gegenüber slawischen Zwangsarbeitern nicht. Und an diesem Punkt wird eine Schwäche der Arbeit offensichtlich. Wenn die rassistische Vorgehensweise beleuchtet werden soll, dann verwundert es, dass fast nie die Behandlung von Juden zum Vergleich herangezogen wurde. Viele Verhaltensweisen gegenüber

polnischen und russischen Zwangsarbeitern finden sich bereits ausgebildet in der Diskriminierung und Verfolgung der Juden: So gab es, um nur wenige Beispiele aufzuführen, seit Mitte der 1930er-Jahre ein Verbot von Geschlechtsverkehr zwischen Juden und Nichtjuden inklusive so genannter Rassenschande-Verfahren. Seit Ende 1938 existierte bereits eine Zwangsarbeitspflicht für deutsche Juden, für die zudem Arbeitsschutzbestimmungen aufgehoben waren.

Aber auch der Umgang mit Personennamen muss kritisiert werden. Warum werden Opfer nationalsozialistischer Willkür mit Namen angeführt, die anderen Beteiligten aber nicht durchgehend? Ein polnischer Zwangsarbeiter, der wegen geschlechtlicher Beziehung zu einer Deutschen hingerichtet wurde, wird genannt, aber z. B. der bei der Hinrichtung anwesende Kreisstabsamtsleiter oder der Vertreter des Ortsgruppenleiters nicht (S. 137). Entweder sollten auch die Opfer anonymisiert und damit nicht mehr bloßgestellt werden oder jegliche Beteiligten sind zu nennen, wie es Wolfgang Dreßen in seiner 1998 erschienenen Arbeit über „Arisierungen“ vorgeführt hat. Und zum Schluss bleibt anzumerken, dass wie in so vielen wissenschaftlichen Werken ein Register fehlt, obgleich dieses die Nutzbarkeit wesentlich verbessern würde.

Jens Hoppe

Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte. Hrsg. von der Kommission für geschichtliche Landeskunde und dem Württembergischen Geschichts- und Altertumsverein, Jahrgang 58 (1999), Stuttgart (W. Kohlhammer) 1999. 506 S.

Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte. Hrsg. von der Kommission für geschichtliche Landeskunde und dem Württembergischen Geschichts- und Altertumsverein, Jahrgang 59 (2000), Stuttgart (W. Kohlhammer) 2000. 640 S.

Die beiden Bände der ZWLG enthalten je einen Beitrag, der das Vereinsgebiet berührt. In Band 58 befasst sich Prof. Dr. Hans-Martin Maurer mit dem Thema „Justinus Kerner, die Burg Weinsberg und der Frauenverein. Ein Beitrag zu den Anfängen der Altertumsvereine“. Dr. Gerhard Lubich diskutiert in seinem Beitrag „Der Besitz der frühen Staufer in Franken – ein Erbe auf Umwegen“ die Forschungskontroverse zum Besitzübergang von den Grafen von Comburg-Rothenburg auf den Staufer Konrad III.; sein Aufsatz bildet eine Ergänzung zu seinem Beiträgen in „Württembergisch Franken“ 1997 und 2000. Im selben Band ist auch ein Beitrag des Schwäbisch Haller Kreisarchivars Dr. Hans-Peter Müller über „Die Deutsche Vaterlandspartei in Württemberg 1917/18 und ihr Erbe“ enthalten. Von dieser aggressiv-deutschnationale Organisation führen sowohl ideologische als auch personelle Kontinuitäten zum Nationalsozialismus.

Daniel Stihler

8.2. Württembergisch Franken

Sonja-Maria Bauer, Sönke Lorenz, Andreas Maisch, Peter Schiffer (Hrsgg.), Die Revolution von 1848/49 in Hall und Hohenlohe (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Schwäbisch Hall, Heft 11), Schwäbisch Hall (Stadtarchiv Schwäbisch Hall) 1998. 223 S., Abb.

Der vorliegende Band ist das Ergebnis einer fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen dem Stadtarchiv Schwäbisch Hall, dem Hohenlohe-Zentralarchiv und dem Institut für Geschichtliche Landeskunde und Historische Hilfswissenschaften Tübingen. Studentinnen und Studenten eines Tübinger Hauptseminars haben sich in einem mehrjährigen Seminar mit dem Themenkomplex „Revolution 1848 in Schwäbisch Hall und Hohenlohe“ beschäftigt und dabei intensiv in den genannten Archiven gearbeitet, da Veröffentlichungen zum Thema bislang Mangelware sind. Nachdem die Ergebnisse bereits 1998 bei einer gut besuchten Tagung in Schwäbisch Hall vorgestellt wurden, liegen mit diesem Band nun erweiterte Fassungen der bei dieser Gelegenheit gehaltenen Vorträge vor.

Die acht wissenschaftlichen Arbeiten präsentieren wertvolle lokal- und regionalgeschichtliche Forschungsergebnisse zur Region Schwäbisch Hall und Hohenlohe, einem der würt-